



HESSISCHER LANDTAG

16. 09. 2025

GFA

Dringlicher Berichtsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzierungsprobleme der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege Hessen

Die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege (LAGH) koordiniert gemeinsam mit zwanzig vor Ort tätigen Arbeitskreisen Jugendzahnpflege die Gruppenprophylaxe in Hessen. Ziel der Gruppenprophylaxe nach § 21 SGB V ist die flächendeckende Erreichung von Kindern und Jugendlichen in Krippen, Kindertagesstätten und Schulen. Dies ist besonders für Kinder aus sozial benachteiligten Familien von großer Bedeutung, da die Zugangsschwelle zur Individualprophylaxe in Zahnarztpraxen für diese Gruppe oft zu hoch ist.

Aktuell wird eine neue Rahmenvereinbarung zur Gruppenprophylaxe verhandelt, nachdem die alten Verträge gekündigt wurden. Die gesetzlichen Krankenkassen sind aus den bestehenden Strukturen ausgetreten, die Beteiligten befinden sich derzeit in einer Übergangsphase. Nach Angaben der LAGH besteht dadurch aktuell eine akute Finanzierungslücke: Während die gesetzlichen Krankenkassen den Arbeitskreisen Jugendzahnpflege in der Übergangsphase die Mittel für 2024 zugesagt und ausgezahlt haben, wurden die zugesagten Anteile für die LAGH bislang nicht überwiesen. Der aus dem Jahr 2024 stammende Überschuss ist inzwischen aufgebraucht, sodass die Geschäftstätigkeit der LAGH unmittelbar gefährdet ist.

Die Landesregierung wird ersucht, im Gesundheits- und Familienpolitischen Ausschuss (GFA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege Hessen und der zwanzig regionalen Arbeitskreise Jugendzahnpflege für die Umsetzung der Gruppenprophylaxe nach § 21 SGB V in Hessen und im Hinblick auf die Mundgesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen?
2. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die aktuelle Finanzierungssituation und die Gefährdung der Geschäftstätigkeit der LAGH?
3. Hat die Landesregierung Kenntnisse darüber, dass die Vorsitzende der LAGH ihre Arbeit aufgrund der fehlenden Finanzierung niedergelegt hat?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Fortführung der Arbeit der LAGH sicherzustellen und eine Unterbrechung der wichtigen Präventionsarbeit zu verhindern?
5. Inwieweit ist die Landesregierung in die Verhandlungen zur neuen Rahmenvereinbarung eingebunden und welche Position vertritt sie dabei?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, eine Übergangsfinanzierung für die LAGH zu gewährleisten, bis die neue Rahmenvereinbarung in Kraft tritt?
7. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung der Gruppenprophylaxe für die Chancengerechtigkeit in der Mundgesundheitsförderung, insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien?
8. Welche Auswirkungen hätte eine Einstellung der Geschäftstätigkeit der LAGH auf die Mundgesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hessen nach Einschätzung der Landesregierung?
9. Welche Gespräche hat die Landesregierung mit den gesetzlichen Krankenkassen bezüglich der Finanzierung der LAGH geführt oder plant sie zu führen?

10. Welche Rolle sieht die Landesregierung für sich selbst bei der Gewährleistung der Kontinuität der Gruppenprophylaxe in Hessen?

Wiesbaden, 16. September 2025

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke